



# HESSISCHER LANDTAG

05. 05. 2009

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Transparenz bei Vergabe von öffentlichen Mitteln - EU-Veröffentlichungspflicht der Agrarzahungen umsetzen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag hält die von der Europäischen Union geforderte und von Deutschland in 2006 unterstützte Veröffentlichung aller Agrarzahungen zum 30. April 2009 innerhalb der EU für richtig und zielführend.

Der Landtag spricht sich generell für die Veröffentlichung von Transferzahlungen innerhalb der EU aus, um das berechnigte Interesse der Steuerzahler an Transparenz bei der Verwendung von öffentlichen Mitteln zu beachten. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich dafür auf Bundes- und EU-Ebene einzusetzen.

Der Landtag kritisiert, dass Deutschland durch die Aufforderung von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) an die Bundesländer, die von der EU geforderte Veröffentlichung der Agrarzahungen zum 30. April 2009 zu unterlassen, eine Klage der EU-Kommission wegen Bruchs des Europarechts riskiert. Der Landtag stellt fest, dass sich Deutschland mit dieser Verweigerungshaltung in Europa isoliert.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Agrarzahungen trotz der Klagen von betroffenen Landwirten schnellstmöglich veröffentlicht werden.

Der Landtag stellt fest, dass die von den Kritikern der Veröffentlichung angeführten Bedenken im Hinblick auf den Datenschutz selbst vom Bundesbeauftragten für Datenschutz, Peter Schaar, nicht geteilt werden. Dieser befürwortet die Veröffentlichung der Agrarzahungen, da das Informationsinteresse der Öffentlichkeit in diesem Fall schwerer wiege als der Datenschutz.

### **Begründung:**

Eine EU-Verordnung aus dem Jahr 2006, der auch Deutschland zugestimmt hat, verpflichtet die Mitgliedsstaaten, bis spätestens Ende April 2009 die Empfänger von Agrar-Subventionen zu veröffentlichen. Damit soll Transparenz über die Verwendung von jährlich 52 Mrd. € Agrar-Subventionen geschaffen werden, die den größten Anteil des EU-Haushaltes ausmachen. 7 Mrd. € davon fließen nach Deutschland.

18 von 27 EU-Staaten haben inzwischen die Empfänger von Agrar-Subventionen veröffentlicht. In weiteren acht Ländern erwartet die EU-Kommission die Offenlage in Kürze.

Nur Deutschland verweigert die Umsetzung von EU-Recht. Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner (CSU) hat den Bundesländern die Empfehlung gegeben, die Veröffentlichungen aufgrund zahlreicher Klagen zu unterlassen, was unmittelbar eine Warnung der EU-Agrarkommissarin Fischer-Boel nach sich zog, die forderte, dass Deutschland seine Zahlungen umgehend zu veröffentlichen habe.

Offensichtlich wollen Teile der Landwirtschaft und die Agrarindustrie verhindern, dass deutlich wird, wer von den Agrarzahlungen am meisten profitiert. Das sind nämlich vermutlich nicht vor allem die kleinen bäuerlichen Familienbetriebe, sondern Agrar-Großunternehmen und Industriekonzerne. Beispielsweise gehören in NRW die Firma RWE Power, Lufthansa, Bayer u. a. zu den größten Empfängern von Agrar-Subventionen.

Wiesbaden, 5. Mai 2009

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Tarek Al-Wazir**